

Antrag

der Abgeordneten Mag. Georg Ecker, Drⁱⁿ. Helga Krismer-Huber, Mag^a. Silvia Moser, Dominic Hörlezedler

betreffend **Ostregion am Abstellgleis – Bundesregierung muss Vereinbarungen einhalten und Investitionen in die NÖ Bahninfrastruktur sichern**

Ausbau und Attraktivierung von Nordwestbahn, Laaer Ostbahn, Nordbahn, Südbahn, Franz-Josef-Bahn, der Verbindung Ostbahn-Flughafenschnellbahn und der Puchberger Bahn, der Neubau der Flughafenspanne sowie die Elektrifizierung der Strecke Krems-Herzogenburg und der Erlaufalbahn sind von den Kürzungen im ÖBB Rahmenplan seitens der Bundesregierung betroffen. Auf Wiener Grund, aber ebenfalls wichtig für Niederösterreich, ist die Attraktivierung der Verbindungsbahn Wien Hütteldorf – Wien Meidling, deren Fertigstellung ebenfalls um vier Jahre verspätet erfolgen soll.

Im November 2022 ist die damalige Bundesregierung ans Land NÖ herantreten, um den damals bestehenden Verkehrsdienstevertrag durch einen neuen zu ersetzen. Durch den neuen Vertrag sollten zusätzliche Angebotsleistungen abgesichert werden, die auch aufgrund der geplanten erweiterten Eisenbahninfrastruktur möglich werden. Durch die nun drohenden Verschiebungen der Infrastruktur-Ausbauten droht folglich auch ein geringeres Angebot, als im gültigen Verkehrsdienstevertrag, der vom NÖ Landtag am 14. November 2023 beschlossen wurde.

Eine moderne Eisenbahninfrastruktur ist das Rückgrat unseres Landes und sichert Pendlerinnen und Pendler, dass sie pünktlich in die Arbeit und nach Hause kommen. Die Eisenbahninfrastruktur ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sowohl als Transportmittel als auch für Zulieferbetriebe. Eine Studie des Economica-Instituts bestätigt, dass die Investitionen der ÖBB einen überproportionalen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten. Demnach schafft jeder investierte Euro der ÖBB zwei weitere Euro an heimischer Wertschöpfung. Für jede Arbeitsstelle bei den ÖBB kommt das Institut auf eine zusätzliche Beschäftigung von 1,2 Arbeitsstellen bei Vorleistern dazu.

Auch eine kürzlich von der Arbeiterkammer publizierte Studie „Mobilitätswende produzieren“ bestätigt diese Ergebnisse für das Zielnetz 2040 – mit einer heimischen Wertschöpfung von 24,4 Mrd. Euro, Beschäftigungseffekten von bis zu 230.000 Jahresarbeitsplätzen über 16 Jahre sowie gesteigerten Staatseinnahmen. Investitionen in die Bahninfrastruktur wirken positiv und langfristig. Die österreichischen Zulieferbetriebe zeichnen sich dabei durch eine hohe Exportquote, starke Innovationskraft und Platz 1 bei den Patentanmeldungen pro Kopf im Eisenbahnbereich aus.

Verzögerungen im Ausbau der Infrastruktur verursachen daher einerseits negative Konsequenzen für die Nutzerinnen und Nutzer der Bahn. Sie sorgen aber auch dafür, dass unsere Wirtschaft geschwächt wird. Daher ist es dringend nötig, die geplanten Kürzungen im Bahn-Bereich zu überdenken und einen möglichst raschen Ausbau des Zielnetzes 2040 anzustreben.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur sowie an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten um

- a. Ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Verzögerungen beim Bahnausbau, die sich aufgrund des aktuellen ÖBB Rahmenplans im Vergleich zum vergangenen Rahmenplan ergeben, rückgängig gemacht werden können.
- b. Die Zeitachsen des Rahmenplanes in Zusammenarbeit mit der ÖBB so anzupassen, dass bestehende Vereinbarungen mit dem Land Niederösterreich wie der aktuelle Verkehrsdienstevertrag – soweit technisch möglich – eingehalten werden können.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.